

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 101 (2021)
Heft: 1083

Artikel: Die Infantilisierung der Frau
Autor: Ruggle, Nicole
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-958121>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Infantilisierung der Frau

Der neue Feminismus traut der Frau nicht mehr zu, sich selbst durchzusetzen und erfolgreich verhandeln zu können. Doch man sollte Frauen nicht wie Kinder behandeln.

von Nicole Ruggle

Ursprünglich hatten feministische Strömungen die Befreiung der Frau aus der Unterdrückung der patriarchalischen Gesellschaft zum Ziel. Eine Frau sollte selbstbestimmt über jeden Aspekt ihres Lebens entscheiden dürfen. Der moderne Feminismus jedoch kehrt dieses Prinzip um, schlimmer noch: Er verrät die Selbstbestimmung der modernen (westlichen) Frau und treibt sie zurück in eine selbstverschuldete Unmündigkeit, indem er sie infantilisiert und kontinuierlich in eine unterwürfige Opfermentalität drängt.

Unterstützung der privaten Initiative bei Kinderbetreuung. Gemischte Teams auf allen Führungsebenen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Was sich auf den ersten Blick wie die Agenda linker Parteipropaganda liest, stammt tatsächlich aus der Mitte des Freisinns, nämlich aus dem Forderungskatalog der «FDP.Die Liberalen Frauen».¹ Ihre Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher, von den Medien gefeierte Teilnehmerin am Frauenstreik und Befürworterin einer Frauenquote, plädierte in einem Podcast der «Republik» gar für eine Umwandlung der Anschubfinanzierung für KITAS in eine Dauerfinanzierung der öffentlichen Hand. Eigenverantwortung scheint out zu sein, Welpenschutz und Steigbügelhilfe für Frauen dagegen in. Nötigenfalls soll das Geschlecht vor der Eignung kommen.

Ausspielen von Kompetenz gegen Geschlecht

Kompetenz gegen Geschlecht auszuspielen hat Konjunktur. So riefen die SP-Frauen im Juni 2020 zum Boykott von «All-Male-Panels» auf.² Im Klartext: Veranstalter, die keine künstlich erzwungene Durchmischung der Geschlechter auf die Rednerbühne



«Feministische Forderungen nach selbstbestimmten Lebensentwürfen leben sich leichter, wenn sie auf Pappschildern an Demonstrationen mit viel Glitzer und Brimborium in die Menge gebrüllt werden.»

Nicole Ruggle

Nicole Ruggle, zvg.

«Die neoemanzipative Frauenbewegung entlarvt sich selbst als heuchlerisch und inkonsequent.»

Nicole Ruggie

bringen, wird mit Publikumsentzug gedroht. Doch statt Frauen zu ermutigen, sich vermehrt selbst einzubringen, Panels in Eigenregie durchzuführen oder sich das nötige Fachwissen anzueignen, um gebucht zu werden, flüchtet man sich in eine infantile und trotzig-verweigerungshaltung.

Auch im Bereich der Familienpolitik wird munter weiter gefordert. So verlangt die Zentralsekretärin der SP-Frauen, Gina La Mantia, Gratis-Kitaplätze für alle. Ein weitverbreiteter Denkfehler in sozialdemokratischen Kreisen, denn so etwas wie «gratis» existiert nicht. Vielmehr bedeutet es, dass die Allgemeinheit aufkommen soll für die Kinderbetreuungskosten von denjenigen, die sich aus freiem Willen zur Familiengründung entscheiden. Familie ist und bleibt aber Privatsache. Völlig zu Recht dagegen betont La Mantia, dass es meist die Frau sei, die zurückstecke, «was schwerwiegende Folgen für ihre Karriere, ökonomische Unabhängigkeit und ihre Altersvorsorge» habe. Genau hier liegt der Kern des Problems. Frauen müssen lernen, am Familientisch genauso hart zu verhandeln wie beim Jobinterview. Wichtig ist es, nachhaltige und emanzipative Familienmodelle beim Partner einzufordern und nicht – dem Familienfrieden zuliebe – vorschnell und unbedacht faule Kompromisse einzugehen.

Die Linken und die Linksbürgerlichen haben das nicht verstanden. Sie sehen den Fiskus als feministisch-klassenkämpferischen Selbstbedienungsladen, der Emanzipation künstlich forcieren und zwangsgewährleisten soll. Die Frage ist: Wie viel emanzipativer ist eine Gesellschaft, die Frauen statt von der Bevormundung der Männer vom Goodwill der Politik abhängig

macht? Ist der väterliche Schutz des Staates, der politisch inszenierte Chancengleichheit anpreist, wirklich besser als eigene Initiative, eigenes Können?

Opferfeminismus mit Doppelmoral

Dieser infantilisierende Opferfeminismus, gepaart mit linkslastiger Staatsgläubigkeit, dringt dann auch tief in die tribalistischen Gefilde der globalen Politik vor. So riss die weltweite Empörung über den Wahlsieg von Donald Trump 2016 über Monate hinweg nicht ab. 2017 folgte die #MeToo-Debatte – «believe all women» lautete das Credo der kämpferischen Frauenbewegung; Frauen soll Gehör geschenkt werden, wenn sie von sexuellen Übergriffen berichten. Auf Demonstrationen wurde wütend Trumps Rücktritt gefordert; er sei ein Chauvinist und gehöre des Amtes enthoben.

Als Tara Reade, ehemalige Mitarbeiterin des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden, demselben Ende März 2020 sexuelle Belästigung vorwarf³, blieb es hingegen auffällig still in den Reihen der selbstgerechten Dauerempörten. Biden behauptete einfach, das Ganze sei nie passiert – und die Sache war rasch vergessen.

Reade ist kein Einzelfall. Biden wurde in mehreren Fällen vorgeworfen, Frauen ohne Zustimmung anzüglich berührt oder ihre Persönlichkeitssphäre verletzt zu haben. Ein weiteres Beispiel ist Lucy Flores: Die demokratische Politikerin aus Nevada beschuldigte Biden des übergriffigen Verhaltens während einer Wahlkampfveranstaltung 2014.⁴ Flores beschreibt sein Benehmen als erniedrigend und respektlos, sie habe sich geschämt und sei schockiert gewesen. Sie befürchtete, man würde ihr nicht glauben oder ihre Anschuldigungen als politisch motiviert auffassen – die Angelegenheit verlief im Sand.

Im vergangenen November gratulierte ihm im Netz dennoch dieselbe feministische Prominenz zum Wahlsieg, die sich noch drei Jahre zuvor lautstark gegen jegliche Vertuschung mutmasslicher sexueller Übergriffe gewehrt hatte. So rief im Oktober 2017 die amerikanische Schauspielerin Alyssa Milano unter dem Schlagwort «MeToo» auf Twitter Frauen dazu auf, ihre Erfahrungen über sexuellen Missbrauch und Belästigung öffentlich zu teilen. Das Hashtag ging schnell viral; Milano wurde über Nacht zum Gesicht der Bewegung.

Die Solidarität mit den mutmasslichen Opfern reichte dann offenbar nur bis zum Rand der eigenen Filterblase. Trotz der ihr bekannten Vorwürfe der sexuellen Belästigung gegen Biden unterstützte Milano ihn als Präsidentschaftskandidaten – eine Entscheidung, hinter der andere #MeToo-Aktivistinnen nicht stehen konnten.⁵ Man müsse Frauen glauben, aber das dürfe nicht geschehen, ohne dass man Männern rechtliches Gehör schenke und Untersuchungen stattfänden, rechtfertigte sich Milano. 2018 hatte sie sich dennoch diskussionslos hinter Christine Blasey Ford gestellt, ein Mitglied der Demokratischen Partei, die ähnliche Anschuldigungen gegen den Republikaner Brett Kavanaugh erhob. Der Schriftzug «believe women» zierte Milanos Körper, als sie auf einer Ford-Unterstützer-Veranstaltung auftrat.

Selektive Popsternenchen

Sie werde voller Stolz für Joe Biden stimmen, liess weiter die feministische Popkone Taylor Swift in einem Interview verlaublich. 2017 wurde sie als «person of the year» als einer der «silence breakers» der «MeToo-Bewegung» aufs «Time»-Cover gehievt und international gefeiert. Noch 2018 sprach sie während einer emotionalen Rede über ihre eigenen Erfahrungen punkto sexueller Belästigung «sämtlichen Leuten, denen nicht geglaubt wurde» ihr Mitgefühl aus.⁶ Sie wisse nicht, wo sie in ihrem Leben heutzutage stehen würde, hätte man ihr nicht geglaubt.

Unterstützung erhielt sie dabei von einer anderen Grösse des Popbusiness: der Sängerin Lady Gaga. Diese ging noch einen Schritt weiter und warb gleich selbst an einer Wahlkampfveranstaltung für den Kandidaten Biden: «Wir brauchen eure Herzen – stimmt ab, als ob euer Leben und das eurer Kinder davon abhängen!», tönte es von ihrem Podium herunter.⁷ Biden sei «ein guter Mann». Noch 2018 war Gaga voller Hoffnung, der weltweite #MeToo-Aufschrei würde Frauen ermutigen, sich öffentlich gegen sexuelle Belästigung auszusprechen. Für Reade und Flores scheint dies allerdings nicht zu gelten.

Wenn die Glaubwürdigkeit eines potentiellen Opfers von deren politischen Einstellung (oder der des mutmasslichen Täters) abhängt, dann ist der Feminismus, der diese Mechanismen zu verantworten hat, nicht nur nutzlos, sondern kontraproduktiv. Die neoemanzipative Frauenbewegung entlarvt sich selbst als heuchlerisch und inkonsequent.

Der moderne Feminismus macht Frauen kleiner, als sie sind. Er traut ihnen wenig bis gar nichts zu, spricht ihnen ihre Eigenverantwortung ab und erlaubt ihnen, unreflektiert aus der Opferrolle heraus operieren zu dürfen. Feministische Forderungen nach selbstbestimmten Lebensentwürfen leben sich leichter, wenn sie auf Pappschildern an Demonstrationen mit viel Glitzer und Brimborium in die Menge gebrüllt werden. Doch ausgerechnet in der Realität derjenigen, die die Selbstbestimmung am lautesten proklamieren, scheint diese noch nicht recht angekommen zu sein. Dabei gibt es ja haufenweise Frauen, die als Vorbilder dienen können: Frauen, die sich gegen andere, Frauen und Männer, aus eigener Kraft, mit eigenem Können, mit Erfolg durchgesetzt haben. ◀

¹ fdp-frauen.ch/partei/kerntemas/vereinbarkeit

² sp-frauen.ch/de/news/medienmitteilung/die-sp-frauen-rufen-zu-einem-boycott-von-reinen-maennerrunden-auf/

³ currentaffairs.org/2020/03/tara-reade-tells-her-story

⁴ thecut.com/2019/03/an-awkward-kiss-changed-how-i-saw-joe-biden.html

⁵ reason.com/2020/04/07/alyssa-milano-tara-reade-rose-mcgowan-joe-biden-sexual-assault/

⁶ vox.com/culture/2018/8/15/17692924/taylor-swift-trial-anniversary

⁷ youtube.com/watch?v=nKINynLHV28

Nicole Ruggie

ist Bibliothekarin und Studentin an der FH Graubünden.

Zahl des Monats

0,73

Prozent betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Person von 1990 bis 2019 in der Schweiz, basierend auf Daten der Weltbank, die einen Vergleich über Jahre und über Landesgrenzen hinweg zulassen. Wäre das Wachstum über diesen Zeitraum so hoch ausgefallen wie in Deutschland und Österreich, hätte sich das Outputniveau pro Person in der Schweiz im letzten Jahr vor Corona etwa 20 Prozent über der tatsächlich erreichten Höhe eingependelt. 20 Prozent sind keine Peanuts.

Mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 1,32 Prozent für Deutschland und 1,39 Prozent für Österreich kam es auch in den beiden Anrainerstaaten nicht gerade zu rasantem Wirtschaftswachstum. Über lange Zeiträume haben jedoch auch vermeintlich kleine Unterschiede bei den Wachstumsraten grosse Konsequenzen.

In der Gruppe der OECD-Länder fiel das Wachstum seit 1990 nur in Italien noch schwächer aus als in der Schweiz. Dennoch verzeichnet die Schweiz in dieser Ländergruppe das zweithöchste BIP pro Person nach Irland. Dessen BIP wuchs zwar auch nach 1990 beeindruckend. Aber heute überzeichnet es das wirkliche irische Outputniveau, weil multinationale Unternehmen in den letzten Jahren aus Steuergründen Aktivitäten lediglich auf dem Papier nach Irland verlagert haben. Derartige Effekte sind nicht verantwortlich für die Entwicklung in ehemaligen Ostblock- und heutigen OECD-Ländern, die wie Irland auf jährliche BIP-Wachstumsraten von durchschnittlich über 3 Prozent pro Person blicken können: Estland, Lettland, Litauen, Polen und die Slowakei.

Wirtschaftliches Wachstum hat zuletzt in vielen Kreisen an Prestige eingebüsst. Zu Unrecht. Merkliches Wachstum, von dem eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung profitiert, leistet dem materiellen Wohlstand der Mitglieder einer Gesellschaft Vorschub, lässt Menschen optimistisch in die Zukunft blicken und ist so dem sozialen Frieden zuträglich. Wider den Zeitgeist sind folglich höhere Wachstumsraten wünschenswert. Das gilt angesichts der Auswirkungen der aktuellen Pandemie umso mehr – auch für die Schweiz.

Alexander Fink ist Ökonom und arbeitet am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig und ist Senior Fellow am Institute for Research in Economic and Fiscal Issues – IREF.